

Die AfD in die Schule einladen?

Vor der Bundestagswahl sind in vielen Schulen **Kandidaten für den Bundestag** zur Diskussion zu Gast. Wir haben zwei Leiter **katholischer Schulen in Osnabrück** gefragt, ob auch AfD-Mitglieder darunter sein können.

Pro: Wir können ihnen das zumuten

Als wir vor drei Jahren eine Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2021 veranstaltet haben, wurde von Oberstufenschülerinnen und -schülern Kritik daran geübt, dass wir keinen Vertreter der AfD eingeladen hatten. Sie hielten es für unfair, fühlten sich durch die Schule bevormundet und unterschätzt. Diese Kritik war nicht ganz unberechtigt. Wir geben unseren Schülerinnen und Schülern eine fundierte Bildung mit auf den Weg. Zusammen mit den Eltern versuchen wir ihnen eine Haltung zu vermitteln, die auf christlichen Werten beruht. Die nun beinahe erwachsenen Schülerinnen und Schüler sind nach unserer Einschätzung in der Lage, auch extreme politische Haltungen vernünftig einzuschätzen.

Populistischen Botschaften sind sie ja zum Beispiel über TikTok ohnehin ausgesetzt. Dort widerspricht niemand, bei der Podiumsdiskussion hingegen kommen Politikerinnen und Politiker anderer Parteien zu Wort, Schülerinnen und Schüler auch. Anschließend kann die Diskussion im Unterricht reflektiert werden, können Fakten gecheckt werden, kann gerne auch erörtert werden, ob es richtig war, die AfD einzuladen. Wir glauben, den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme eines AfD-Politikers zumuten zu können, und trauen ihnen auch zu, auf Grundlage gewonnener Erkenntnisse am 23. Februar eine vernünftige Wahlentscheidung zu treffen.

// TOBIAS STICH, LEITER DES GYMNASIUMS ANGELASCHULE



Contra: Thesen nicht weiter verbreiten



Die AfD wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „rechtsextremer Verdachtsfall“ beurteilt. Drei Verfassungsschutzämter auf Länderebene gehen sogar noch einen Schritt weiter und bewerten die AfD aufgrund der Analyse von Reden, Partei- und Wahlprogrammen sowie anderen Dokumenten als „gesichert rechtsextrem“. Das geschieht nach meinem Dafürhalten völlig zurecht.

Die Partei von Alice Weidel ist für unsere Gesellschaft, für die Demokratie, für den Staat gefährlich. Sie nutzt die Grundrechte von Meinungs- und Pressefreiheit, um durch ausländerfeindliche Thesen Stimmung gegen Mitbürger zu machen, die einen Migrationshintergrund haben. Zudem möchte die AfD faktisch die EU auflösen und die NATO verlassen. Diese beiden Staatenbünde sind es, die in den vergangenen acht Jahrzehnten in Europa ein Leben in Frieden, Freiheit, aber auch Wohlstand erst ermöglicht haben.

Die AfD ist ja nicht verboten, heißt es als klassisches Gegenargument. Stimmt – und doch ist sie gefährlich. Darauf muss man immer wieder hinweisen und muss ihr, gerade auch als christliche Schule, nicht auch noch ein Podium dafür bieten, dass sie ihre in Teilen menschenverachtenden Thesen noch weiter verbreiten kann. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt!

// SCHWESTER EVA-MARIA SIEMER, LEITERIN DER BERUFSBILDENDEN SCHULEN IM MARIENHEIM

